

Bundeskanzlerin
Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Bundesminister der Finanzen
Olaf Scholz
Bundesministerium der Finanzen
11016 Berlin

Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Peter Altmaier
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
11019 Berlin

vorab per E-Mail

Berlin, 7. April 2020

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrter Herr Minister Scholz,
sehr geehrter Herr Minister Altmaier,

als Kommunikationswirtschaft begleiten wir Deutschland durch diese Krise. Wir unterstützen Unternehmen, Bund, Länder und Kommunen, die Gesundheitswirtschaft und viele Initiativen in der Kommunikation gegenüber Kunden, Bürgern, Mitarbeitern und der Öffentlichkeit. Und wir leisten einen Beitrag zum Leben in der Krise, mit vielen Initiativen und Kampagnen zu #Danke, #Social Distancing, #Händewaschen, #Zuhausebleiben. Vieles davon pro bono.

Als mittelständische Unternehmen müssen wir die Krise auch selbst bewältigen. Die Kommunikationswirtschaft in Deutschland beschäftigt 900.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und hat einen Umsatz von rund 50 Mrd. EUR. Vielen unserer Mitglieder ist faktisch die Ausübung ihrer unternehmerischen Tätigkeit verboten. Bei anderen gehen die Umsätze stark zurück. Wir erwarten eine riesige Insolvenzwellen bei Unternehmen, die in 2020 mehr als die Hälfte ihres Umsatzes abmelden müssen. Unsere Branche ist davon nicht allein, aber besonders betroffen.

Wir möchten daher sechs Maßnahmen vorschlagen, die unseren Unternehmen und der Kommunikationsbranche in Deutschland ein Überleben während des noch länger andauernden Shutdowns ermöglichen können.

Durch den andauernden Shutdown sind vor allem Agenturen und Unternehmen betroffen, die durch die staatlich verordneten Schließungen massive Umsatzeinbrüche hinnehmen müssen. Diese können im weiteren Jahresverlauf nicht nachgeholt werden und führen zu einer Reihe von nicht selbst verschuldeten Insolvenzen. Dies betrifft z.B. Unternehmen, die Kommunikation im Umfeld der abgesagten Sportereignisse wie EM, Olympiade, Champions League und weiteren Sport- und Großveranstaltungen, Festivals etc. geplant hatten. Auch die Arbeiten für die Bereiche Touristik, Handel, Finanzen, Automobil sind massiv vom Ausfall nicht nachholbarer Umsätze betroffen. So wurden allein in den Monaten April bis Mai 50% der Media- und Werbeinvestitionen storniert. Über das Gesamtjahr rechnet unsere Branche mit einem Rückgang von rund 25%. Von diesem Ausfall sind neben uns die Medienunternehmen und alle Dienstleister der Kommunikationsbranche betroffen.

Für diesen Bereich der Wirtschaft braucht es eine Zusatzregelung.

Wir wollen nicht jammern und nach Subventionen betteln, sondern wir weisen auf die immensen negativen Folgen der staatlichen Eingriffe in den Markt hin und erwarten eine Neutralisierung dieser Effekte für die betroffenen Unternehmen durch den Staat.

- Die am Montag angekündigte 100%-Haftung durch die KfW für Summen bis zu 800.000 EUR reagiert auf Kritik auch aus unserer Branche, und wir begrüßen diesen Schritt. Allerdings sollten nicht nur die Hausbanken abgesichert werden, sondern auch die Antragsteller, in der Regel persönlich haftende Gesellschafter. Das Antragsverfahren sollte ohne Bürgschaften oder sehr begrenzten Teilbürgschaften von max. 10% auskommen.
- Ebenso sollten die Erwartungen an die Zukunftsprognose der angeschlagenen Unternehmen und die Bonitätsprüfung den aktuellen Möglichkeiten angepasst und reduziert werden.
- Angesichts eines negativen Zinsmarktes sollten diese Kredite allerdings zinsfrei angeboten werden. Der Staat sollte in dieser Krise nicht verdienen wollen.
- Hier könnte eine Rückerstattung der Umsatzsteuerzahlungen aus dem vergangenen Jahr und eine längere Aussetzung von Umsatzsteuerzahlungen für die nächsten zwei Jahre helfen und vor der Insolvenz bewahren. Dies beträfe die Veranstaltungswirtschaft, Gastronomie, Hotellerie und verbundene Bereiche.
- Infolge des Shutdowns wird der Werbemarkt weiter einbrechen. Damit sich die Medienunternehmen und die Branche in der Zeit danach nicht in einen ruinösen Unterbietungswettbewerb stürzen, sollte hier die wettbewerbsrechtliche Option der Gruppenfreistellung ermöglicht werden, damit wir in freiwilligen Selbstverpflichtungserklärungen zum Beispiel Untergrenzen abstimmen können.

- Aufgrund der aktuellen Umsatzprognosen ist die Beantragung von Krediten bei manchen rechtlich fragwürdig. Die entsprechenden Insolvenzregelungen sind bis September ausgesetzt. Diese Frist sollte bis zum Jahresende verlängert werden. Nicht wenige Unternehmen würden sich ab September sonst direkt auf das Feld der strafbaren Insolvenzverschleppung begeben.

Die oben genannten Probleme bestehen auch nach den am Montag, dem 6. April 2020, vorgestellten Nachbesserungen weiter, und so bitten wir um eine rasche Bearbeitung und Lösung.

Als Kommunikationswirtschaft wollen wir gern einen aktiven Beitrag zur Überwindung der Krise liefern. Wir wünschen uns einen Fahrplan für die schrittweise Aufhebung des Shutdowns und schlagen unsererseits eine zeitlich gestaffelte Rücknahme der Verbote von Veranstaltungen vor: Erst die geschäftlichen Events wie Messen und Konferenzen erlauben, später jene, die vorwiegend dem Vergnügen dienen. Und wir werden in einer konzertierten Aktion eine deutschlandweite Kampagne über alle Medien für einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch und zur individuellen Verantwortung in der Gesellschaft leisten.

Wir sehen Ihrer Antwort entgegen.

Hochachtungsvoll,



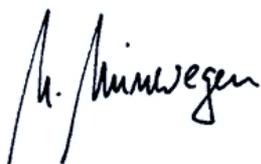
Heinrich Paravicini, Präsident, Art Directors Club für Deutschland ADC



Matthias Wahl, Präsident, Bundesverband Digitale Wirtschaft BVDW



Dr. Andreas Siefke, Vorsitzender, Content Marketing Forum CMF



Norbert Minwegen, Präsident, Deutsche Public Relations Gesellschaft DPRG

Jörn Huber, Präsident, FAMAB Kommunikationsverband

Christiane Schulz, Präsidentin, Gesellschaft der führenden PR- und Kommunikationsagenturen
GPRA

Benjamin Minack, Präsident, Gesamtverband Kommunikationsagenturen GWA

Klaus-Peter Schulz, Geschäftsführender Vorstand, Organisation der Mediaagenturen OMG

Uwe Kohrs, GPRA Chairman und Koordinator der Unternehmen in der Deutschen
Kommunikationswirtschaft, c/o GRPA, Bertolt-Brecht-Platz 3, 10117 Berlin

